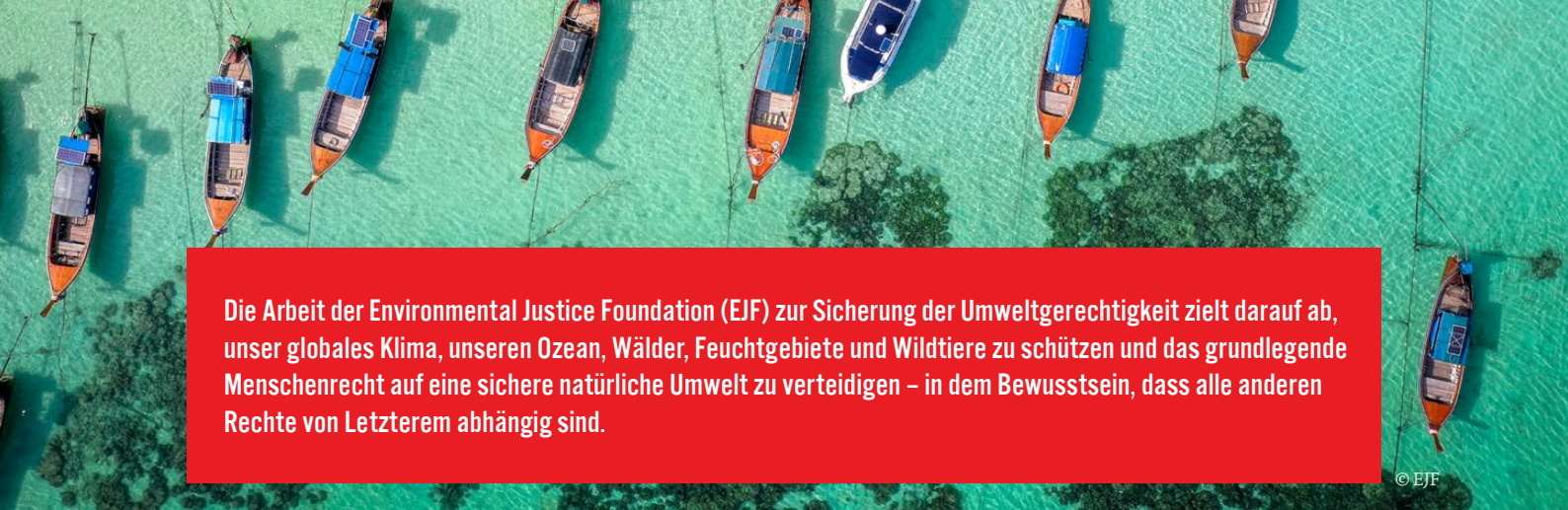


DEUTSCHLAND ALS VORREITER BEIM SCHUTZ DER MEERE

Kurzbriefing zu
EJFs Prioritäten



Protecting People and Planet



Die Arbeit der Environmental Justice Foundation (EJF) zur Sicherung der Umweltgerechtigkeit zielt darauf ab, unser globales Klima, unseren Ozean, Wälder, Feuchtgebiete und Wildtiere zu schützen und das grundlegende Menschenrecht auf eine sichere natürliche Umwelt zu verteidigen – in dem Bewusstsein, dass alle anderen Rechte von Letzterem abhängig sind.

© EJF

Mehr als drei Milliarden Menschen sind vom Meer als Hauptproteinquelle abhängig.¹ Allein im Fischereisektor sind über 200 Millionen Menschen beschäftigt.² Dies bedeutet, dass der Ozean einen direkten Beitrag zur Weltwirtschaft leistet, der auf mehr als 1,3 Billionen Euro geschätzt wird.³ Unser Ozean sorgt für ein stabiles Klima, denn er absorbiert ein Drittel der CO₂-Emissionen der Menschheit⁴ und 90 % der durch überschüssige Treibhausgasemissionen erzeugten Wärme.⁵ Gleichzeitig produziert er etwa die Hälfte des Sauerstoffs der Erde⁶ – mehr als alle Wälder zusammen. Momentan setzen wir dieses unersetzliche Ökosystem einem extremen Druck aus.

Seit dem Beginn der modernen industriellen Fischerei in den 1950er Jahren sind 90 % der großen Meeresfische wie Haie, Kabeljaue und Schwertfische verschwunden.⁷ Nach der jüngsten Bewertung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) werden 38 % der Fischpopulationen nicht nachhaltig ausgebeutet („überfischt“).⁸ Zudem bedrohen die zerstörerischen und oft illegalen Praktiken der globalen Fischindustrie das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der Gemeinden, die für ihre Ernährung und ihren Lebensunterhalt in hohem Maße von der Fischerei abhängig sind. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Dynamik der Fischpopulationen, sondern bedroht auch zahlreiche andere Lebensräume: Mangroven werden zerstört, Korallenriffe bleichen aus und sterben ab, und Walbestände verringern sich weiter.

Eine völlig neue Bedrohung für wichtige marine Ökosysteme stellt der potenzielle Beginn des kommerziellen Tiefseebergbaus dar. Die Tiefsee – Meeresgebiete unterhalb einer Tiefe von 200 Metern – bedeckt zwei Drittel des Meeresbodens und des Meeresgrundes und umfasst mehr als 95 % des Lebensraums der Erde. Dennoch weiß die Wissenschaft mehr über die Oberfläche des Mondes als über diesen riesigen Teil unseres Planeten. Weite Teile dieser nahezu unberührten Wildnis sind durch die Einführung des kommerziellen Tiefseebergbaus bedroht, über den derzeit verhandelt wird.

Um unsere Zukunft zu sichern, müssen wir dafür sorgen, dass sich unsere Meere erholen und weiter gedeihen können. Weniger als 3 % der Meere stehen momentan unter strengem Schutz⁹ – bis 2030 sollen es mindestens 30 % sein. In der Praxis bedeutet das weit mehr als die Designation von *paper parks*, die letztlich wenig mehr als Linien auf einer Landkarte darstellen. Meeresschutzgebiete (*marine protected areas* – MPAs) können nicht nur Meeresfauna und -flora schützen, sondern auch Küstengemeinden Vorteile bieten.¹⁰ Effektiv verwaltet, können sich solche Schutzzonen rasch und dauerhaft positiv auf Fischpopulationen auswirken,¹¹ mit potenziellen Übertragungseffekten auf umliegende Gebiete, von denen wiederum die lokale Fischerei profitieren kann. Es hat sich zudem gezeigt, dass Schutzgebiete die Widerstandsfähigkeit von Meeresökosystemen gegenüber Belastungen durch extreme Klimaereignisse erhöhen.¹²

Die folgenden Empfehlungen zeigen auf, wie Deutschland in wichtigen Bereichen jetzt handeln kann, um unsere Meere und die Menschen, die von ihnen abhängig sind, zu schützen:

- Annahme der Globalen Charta für Transparenz in der Fischerei für nachhaltige, legale und ethisch vertretbare Fischerei
- Beibehaltung der Position einer vorsorglichen Pause und Sicherstellung einer globalen Pause oder eines Moratoriums für Tiefseebergbau bei der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA)
- Ausweisung und wirksame Verwaltung von MPAs

1) Annahme der Globalen Charta für Transparenz in der Fischerei für eine nachhaltige, legale und ethisch vertretbare Fischerei

Fast jeder fünfte gefangene Fisch – und in einigen Regionen wie vor Westafrika fast jeder dritte gefangene Fisch – kann der IUU-Fischerei zugerechnet werden. Insgesamt kostet dies die Weltwirtschaft jedes Jahr zwischen 10 und 23,5 Milliarden US-Dollar.¹³

Überfischung verringert die Widerstandsfähigkeit von Fischpopulationen und Meeresökosystemen und macht sie anfälliger für die Auswirkungen der Klimakrise.¹⁴ Die illegale, nicht gemeldete und unregulierte (IUU-)Fischerei – jede Fischereiaktivität, die gegen Fischereigesetze verstößt oder außerhalb des Geltungsbereichs von Fischereigesetzen und -vorschriften stattfindet¹⁵ – ist nach wie vor eine der größten Bedrohungen für die Meeresökosysteme sowie für die Menschen und Küstengemeinden. Dies gilt insbesondere für Länder mit niedrigem Einkommen, die häufig von Meeresökosystemen als Nahrungs- und Lebensgrundlage abhängig sind.¹⁶ Nicht zu vergessen ist hierbei eine zentrale Gerechtigkeitsfrage: industrielle Fangflotten aus Ländern mit höherem Einkommen sind überaus stark vertreten in Gewässern der Länder mit niedrigerem Einkommen. 78 % der nachweisbaren industriellen Fischereiaktivitäten in diesen Gewässern entfallen auf Flotten wirtschaftlich starker Länder.¹⁷ Solche Fernfischereiflotten sind nicht selten in Überfischung, illegale Fischerei und zerstörerische Praktiken verwickelt, die die Fanggeräte von Kleinfischer*innen und marine Ökosysteme, auf die sie angewiesen sind, beschädigen.¹⁸



Beispiele für illegale Fischereipraktiken sind verbotene Fischereimethoden und Fischfang ohne gültige Lizenz, in Sperrgebieten oder während Schonzeiten bzw. der gezielte Fang geschützter Arten. Die IUU-Fischerei ist noch immer weit verbreitet auf unseren Meeren durch einen eklatanten Mangel an Transparenz. Während Fischpopulationen stark zurückgehen, steigt die weltweite Nachfrage nach Fisch und Meeresfrüchten weiter an. Um profitabel zu bleiben und gleichzeitig Kosten zu minimieren, greifen Schiffsbetreiber*innen auf illegale Fischereipraktiken zurück: Sie bleiben länger auf See und fahren weiter hinaus, erzielen aber dennoch geringere Gewinne. Dies führt zu einem Teufelskreis: Um rentabel zu sein, müssen Betriebskosten niedrig gehalten werden, und die ersten Leidtragenden sind die Besatzungsmitglieder, die Opfer von Zwangsarbeit oder Menschenhandel werden und unmenschlichen Arbeitsbedingungen und -zeiten ausgesetzt werden.

Zur systematischen Verbesserung der Transparenz in der Fischerei wurde die Globale Charta für Transparenz in der Fischerei¹⁹ – eine Liste von 10 direkt umsetzbaren und kostengünstigen Maßnahmen – von führenden Meeresschutzorganisationen, Akademiker*innen und der Industrie ausgearbeitet. Die strukturelle und langfristige Verbesserung der Transparenz im globalen Fischereisektor ist unerlässlich, damit wir wissen, *wer, was, wann, wo und wie* auf den Weltmeeren fischt. Die 10 politischen Maßnahmen legen dar, was notwendig ist, um die Fischerei weltweit fair und nachhaltig zu gestalten und um illegale Fischerei und Menschenrechtsverletzungen auf See zu beenden (siehe Kasten 4). Die Umsetzung der Maßnahmen gibt Aufschluss über die Identität, die Tätigkeiten und die Eigentumsverhältnisse von Schiffen und kann somit den Kampf gegen die IUU-Fischerei erheblich erleichtern. Die Globale Charta wird weltweit von fast allen einflussreichen Meeres- und Umweltschutzorganisationen unterstützt, die sich im Rahmen der *Coalition for Fisheries Transparency* für die Unterstützung, Annahme und Umsetzung der Globalen Charta einsetzen. Darunter sind EJF, WWF und Oceana sowie zivilgesellschaftliche Organisationen aus fast allen Regionen der Welt.

Fischereieinfuhren nach Deutschland und Abhängigkeit von China

Deutschland ist ein wichtiger Markt für Fischereierzeugnisse in der Europäischen Union, da es über 80 % der Fischereierzeugnisse einführen muss, um die jährliche Inlandsnachfrage zu decken. Damit befindet sich Deutschland deutlich über dem EU-Durchschnitt, der bei knapp über 60 % der Einfuhren von Fisch und Meeresfrüchten liegt.²⁰ Nach den jüngsten Statistiken der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) stammten die mengenmäßig größten Importe von Fisch und Meeresfrüchten nach Deutschland im Jahr 2022 aus China, Russland und Norwegen.²¹ China und Russland sind laut dem IUU Fishing Risk Index die beiden Länder mit dem höchsten Risiko für illegale Fischerei.²² Insbesondere der chinesische Fischereisektor ist in den letzten Jahren wegen illegaler Fischereipraktiken auf See und damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen verstärkt ins Visier geraten, wie mehrere EJF-Berichte zeigen.²³ 2023 veröffentlichte zudem Die Zeit eine ausführliche Artikelreihe des mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten Journalisten Ian Urbina zu diesem Thema.²⁴ Die Artikel enthüllten, dass der chinesische Verarbeitungssektor für Fisch- und Meeresfrüchteprodukte mit Zwangsarbeit in Verbindung steht und dass entsprechende Produkte möglicherweise auf den deutschen Markt gelangen können.²⁵ Bemerkenswert ist, dass zwischen 2016 und 2023 keine chinesischen Importe nach Deutschland aufgrund von Bedenken wegen IUU-Fischerei verweigert worden sind.²⁶







Empfehlungen für Deutschland:




- Annahme der *Globalen Charta für Transparenz in der Fischerei* sowie politische, weithin kommunizierte Unterstützung für die Charta.²⁷
- Ratifizierung aller Bestimmungen des Übereinkommens C188 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die Arbeitsbedingungen im Fischereisektor. Deutschland sollte als verantwortungsvoller globaler Akteur grundlegende Arbeitsrechte unterstützen und Staaten wie Frankreich oder Spanien folgen.
- Gewährleistung der vollständigen Umsetzung der EU-IUU-Verordnung ((EG) 1005/2008) und der EU-Fischereikontrollverordnung ((EG) 2023/2842), einschließlich der neuen Bestimmungen, die sich aus der kürzlichen Überarbeitung des Fischereikontrollsystems ergeben. Im Einzelnen sind das:
 - Verschärfung der Einfuhrkontrollmaßnahmen, insbesondere für Produkte aus Ländern mit hohem IUU-Fischereirisiko. Dazu sollten gründliche Überprüfungen und Inspektionsverfahren für Hochrisikoimporte gehören – in Zusammenarbeit mit den Flaggen-, Verarbeitungs- und anderen relevanten Staaten – und die systematische Zurückweisung von Produkten, deren Legalität nicht angemessen überprüft werden konnte.
 - Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, um sicherzustellen, dass die EU-weite Datenbank für Fischereieinfuhren, CATCH, mit dem deutschen elektronischen Einfuhrsystem für Fischereierzeugnisse harmonisiert wird.
 - Umsetzung der neuen EU-Vorschriften für eine verbesserte Dokumentation von Fängen, einschließlich der Bestimmungen zur elektronischen Fernüberwachung (REM) auf See, inklusive Kameras, und wirksameren Kontrollen.
 - Sicherstellung, dass sämtliche Maßnahmen getroffen werden, deutsche Staatsangehörige zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen, die von ausländischen Fischerei- oder Schiffsaktivitäten²⁸ unter folgender Bedingung profitieren: Schiff fischt unter Flagge eines Landes, das von der EU-Kommission als nicht kooperativ bei der Bekämpfung der IUU-Fischerei eingestuft wird (Länder mit einer „roten Karte“).²⁹ Der erste Schritt zur angemessenen Umsetzung dieser Anforderungen im Rahmen der IUU-Verordnung besteht darin, Informationen über deutsche Staatsangehörige mit Eigentumsbeziehungen zu Schiffen unter einer Nicht-EU-Flagge, auch wenn sie wirtschaftliche Eigentümer*innen sind, zentral zu sammeln.

Globale Charta für Transparenz in der Fischerei




Fischereifahrzeuge

-  Vergabe eindeutiger Identifikationsnummern für alle Fischereifahrzeuge, Transport- und Versorgungsschiffe (im Folgenden: Fischereifahrzeuge) und Meldung der Nummern an den Global Record der FAO, an RFMOs und weitere relevante Organisationen.
-  Veröffentlichung umfangreicher und aktueller Listen von: Fischereilizenzen (mit grundlegenden Angaben zu Fischereifahrzeugen); Fischereigenehmigungen; offiziellen Zugangsvereinbarungen; sowie Sanktionen für Fischerei- und arbeitsrechtliche Verstöße. Diese Angaben sind an den Global Record der FAO zu melden.
-  Veröffentlichung der wirtschaftlichen Eigentümer*innen von Fischereifahrzeugen.
-  Beendigung der Nutzung sogenannter „Billigflaggen“ durch Fischereifahrzeuge. Dies sollte mittels Durchsetzung des Art. 91 des Seerechtsübereinkommens erfolgen, der eine echte Verbindung zwischen Fischereifahrzeug und seinem Flaggenstaat verlangt; unabhängig der Flagge von Fischereifahrzeugen ist zu unterbinden, dass diese illegale Fischerei betreiben und damit in Zusammenhang stehende Straftaten begehen; in diese Vergehen verwickelte Fischereifahrzeuge sind zu sanktionieren.

Fischereiaktivitäten

-  Veröffentlichung der Angaben zu Schiffspositionen durch das Teilen von VMS-Daten bzw. anderer nicht-öffentlicher Systeme oder durch das Vorschreiben der Nutzung von AIS.
-  Verbot von Umladungen auf See, außer diese wurden im Vorhinein genehmigt, sind streng überwacht und öffentlich dokumentiert.
-  Verpflichtende Einführung von Kontrollsystemen, die die Rückverfolgbarkeit von Fisch und Meeresfrüchten vom Fang bis zu den Endverbraucher*innen gewährleisten (entsprechend der Fangvorschriften, deren Key Data Elements öffentlich gemacht werden).

Governance & Verwaltung

-  Ratifizierung und Umsetzung internationaler Abkommen, die Normen für Fischereifahrzeuge und den Handel mit Fischereiprodukten festlegen. Dazu gehören insbesondere das Übereinkommen über Hafenstaatmaßnahmen der FAO, die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit sowie die Konvention 188 der ILO und das Cape Town Agreement der IMO.
-  Veröffentlichung aller gesammelten Fischereidaten und wissenschaftlichen Bewertungen. Nur so kann Kleinfischer*innen, Fischerarbeiter*innen, Küstengemeinden oder indigenen Gruppen, Industrieverbänden, der Zivilgesellschaft und Vollzugsbehörden der Zugang zu Informationen erleichtert werden, die die Entwicklung von Maßnahmen zu Fischereiregelungen, Subventionen und Finanzmitteln betreffen sowie bei Entscheidungen über den Zugang zu Fischereiresourcen.
-  Sammlung und Überprüfung der Informationen zur Besatzung. Dies schließt Angaben zu Nationalität, Alter, Ethnie und Geschlecht ein sowie zu Vertragsbedingungen, Rekrutierungsagenturen, wie und wo die Besatzung an Bord gegangen ist und den Bedingungen auf dem Fischereifahrzeug. Diese Informationen sind in zusammengefasster Form zu veröffentlichen.

2) Beibehaltung der Position einer vorsorglichen Pause und Sicherstellung einer globalen Pause oder eines Moratoriums für Tiefseebergbau bei der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA)

EJF fordert die internationale Gemeinschaft auf, den voreiligen Beginn von Tiefseebergbau zu verhindern. Deutschland muss seine Anstrengungen verstärken, um die globale Bewegung gleichgesinnter Staaten nachhaltig zu stärken und die Anzahl der Staaten, die sich gegen Tiefseebergbau aussprechen und den Schutz der Tiefsee über wirtschaftliche Interessen stellen, weiter zu erhöhen.

Tiefseebergbau würde eine neue Industrie von gigantischem Ausmaß schaffen: Wenn nur 5 % der derzeit unter Explorationsverträgen ausgewiesenen Gebiete ausgebeutet werden, wäre das Gebiet größer als alle terrestrischen Bergbaugebiete zusammen. Da die negativen Auswirkungen von Tiefseebergbau, insbesondere durch Sedimentwolken, Lärm und Lichtverschmutzung, weit über die Abbaugebiete hinausgehen, könnten die direkten negativen Umweltfolgen dieser Aktivitäten Hunderttausende oder sogar bis zu Millionen Quadratkilometer betreffen, wenn der Bergbau das geplante Ausmaß erreicht.³⁰ Die Schäden wären nach menschlichen Maßstäben irreversibel und dauerhaft, mit negativen Folgen für die marinen Nahrungsketten und den ozeanischen Kohlenstoffkreislauf.

Tiefseebergbau ist für die Umsetzung der Energiewende nicht notwendig. Der Mineralienbedarf zur Erreichung der Klimaziele kann durch die Einführung einer Kreislaufwirtschaft, verbesserte Recyclingsysteme und die Reduzierung der Nachfrage gedeckt werden.³¹

Aufgrund der enormen Risiken sprechen sich immer mehr Regierungen für einen Stopp von Tiefseebergbau aus, darunter die deutsche Bundesregierung und 31 weitere Länder wie Frankreich, Brasilien und Neuseeland, sowie Unternehmen, die als Endverbraucher der abgebauten Mineralien gelten, wie BMW, Volkswagen oder SAP. Interessenvertreter*innen aus dem Finanzsektor,³² Fischereiorganisationen³³ und -verbände,³⁴ Umweltschutzorganisationen, indigene Völker,³⁵ Wissenschaftler*innen,³⁶ und der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte³⁷ sowie das Europäische Parlament³⁸ und die Europäische Kommission³⁹ plädieren dafür, Tiefseebergbau nicht weiter zu verfolgen. Darüber hinaus schließt die EU-Politik zu kritischen Rohstoffen, wie sie im *Critical Raw Materials Act* zum Ausdruck kommt, Tiefseebergbauprojekte von der Möglichkeit aus, den Status eines Strategischen Projekts zu erhalten.⁴⁰



Empfehlungen für Deutschland:

- Öffentliche Positionierung weiterhin gegen die Einführung von Tiefseebergbau, um die Chance auf einen wirksamen Schutz der Tiefsee zu wahren. Um seiner Verpflichtung aus dem Seerechtsübereinkommen (SRÜ) Art. 145 nachzugehen, muss sich Deutschland für einen Stopp einsetzen, solange nicht sichergestellt ist, dass der Tiefseebergbau die Meeresumwelt nicht schädigt. Gleichzeitig ist es unerlässlich, dass Deutschland gleichgesinnte Staaten aktiv unterstützt und sich mit Nachdruck dafür einsetzt, dass sich weitere Staaten gegen die Einführung von Tiefseebergbau aussprechen.
- Investitionen in die wissenschaftliche Erforschung der Tiefseelebensräume, um das Verständnis für diese Ökosysteme und ihren Nutzen für das Leben auf der Erde zu verbessern und fundierte Schlussfolgerungen über die Schäden zu ziehen, die ihre Zerstörung verursachen würde. Dazu gehört ein besseres Verständnis der Rolle der Tiefsee für die globale Klimaregulierung, die biologische Vielfalt der Meere und die weltweite Fischerei. Aufbau wissenschaftlicher Partnerschaften mit kleinen Inselstaaten, die sowohl den lokalen Regierungen als auch der Bundesrepublik zugutekommen.
- Auf Reformen der Verwaltung hinwirken, die eine grundlegende Neuordnung der Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA) einschließen, um sicherzustellen, dass die Tiefseeforschung in den Mittelpunkt gestellt wird, und um Inklusion, Rechenschaftspflicht und Transparenz zu verbessern.



3) Ausweisung und effektives Management von Meeresschutzgebieten (MPAs)

Meeres- und Küstenökosysteme sind die Grundlage für die weltweite Ernährungssicherheit und für die Beschäftigung von Millionen von Menschen. Sie erfüllen eine Reihe elementarer Funktionen, vom Sturmschutz bis zur Wasserfilterung, und sind entscheidend für unsere Fähigkeit, die weitere globale Erdüberhitzung zu verhindern und die Klima- und Biodiversitätskrise zu bekämpfen.

30 by 30 ist eine globale Naturschutzinitiative – verankert in Ziel 2 des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montréal⁴¹ –, die darauf abzielt, bis 2030 30 % der weltweiten Land- und Meeresflächen zu erhalten und zu schützen. Für den Ozean bedeutet dies die Schaffung eines globalen Netzes von Meeresgebieten, die aufgrund ihres ökologischen Wertes und ihrer Bedeutung zum Schutz ausgewiesen sind und in denen Beschränkungen für menschliche Aktivitäten gelten, z. B. für die Grundschieppnetzfisherei, eine der unselektivsten und zerstörerischsten Formen der Fischerei. MPAs können effektive Schutzinstrumente sein und bieten erhebliche Vorteile für Meeresfauna und -flora sowie Küstengemeinden, wenn sie gut ausgestaltet und wirksam umgesetzt werden.⁴²

Solche Schutzmaßnahmen bedeuten jedoch nicht, dass lokale Gemeinschaften und indigene Völker, die in hohem Maße von diesen natürlichen Ressourcen abhängig sind, ausgeschlossen werden. Im Gegenteil, es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um eng mit ihnen zusammenzuarbeiten und ihre Rechte und ihr Wissen in den Mittelpunkt zu stellen. Es geht um eine gerechte und nachhaltige Bewirtschaftung, sichere Lebensgrundlagen und die Erhaltung des Ozeans für heutige und künftige Generationen.

Auf nationaler Ebene hat Deutschland 45,4 % seiner Meeresgewässer gesetzlich als Schutzgebiete ausgewiesen.⁴³ Obwohl Deutschland formal sein 30 %-Ziel erreicht hat, ist der Schutz bei weitem nicht ausreichend und es gibt immer noch keine streng geschützten Gebiete, die zur Erreichung des 10 %-Ziels der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 beitragen. Ein Hauptproblem ist die weit verbreitete Grundschieppnetzfisherei, die weiterhin in den Schutzgebieten stattfindet. Im Jahr 2023 wurde in 81 % der deutschen Natura-2000-Gebiete Grundschieppnetzfisherei in geschützten Lebensräumen betrieben, was insgesamt mehr als 81.000 Stunden Schieppnetzfisherei bedeutet.⁴⁴

Empfehlungen für Deutschland:

- Deutsche Verwaltungsprozesse zur Bewältigung der von Fischereiaktivitäten ausgehenden Gefahren in Natura-2000-Gebieten müssen mit den Verpflichtungen aus dem EU-Fischerei- und Umweltrecht für MPAs, insbesondere der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, in Einklang gebracht werden. Dies erfordert die Umsetzung von Erhaltungsmaßnahmen, die die spezifischen Erhaltungsziele jedes Gebiets unterstützen, einschließlich der Bewertung aller potenziell schädlichen menschlichen Aktivitäten – wie der Grundschieppnetzfisherei – sowie die Implementierung wirksamer Verwaltungs-, Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen.
- Verbot der Grundschieppnetzfisherei in allen Natura-2000-Gebieten, wie im *Marine Action Plan* empfohlen,⁴⁵ um Deutschlands Verpflichtungen aus der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sowie der GFP-Verordnung zu erfüllen und empfindliche Ökosysteme und Arten zu schützen und wiederherzustellen. Dieses Verbot sollte mit einer Ausweitungssperre der Grundschieppnetzfisherei auf neue, nicht befischte Gebiete einhergehen. Die Regierung sollte Übergangspläne, einschließlich finanzieller Mittel, bereitstellen, um wirtschaftliche Akteure, die auf Grundschieppnetzfisherei angewiesen sind, bei der Umstellung auf andere Lebensgrundlagen zu unterstützen.

- Um ihre Ziele des wirksamen Schutzes und der Wiederherstellung der Meeresökosysteme bis 2030 zu erreichen, muss die Grundsleppnetzfischerei in allen MPAs gemäß den Richtlinien der IUCN untersagt werden. Nur MPAs, die wirksam geschützt sind, sollten auf die 30x30-Ziele angerechnet werden.
- Bereitstellung der erforderlichen Mittel für einen angemessenen Schutz der ausgewiesenen MPAs. Es muss sichergestellt werden, dass MPAs überwacht werden und dass ihr Schutz wirksam durchgesetzt wird, damit sie nicht nur *paper parks* bleiben oder zu solchen werden und somit keinen wirklichen Schutz für Meeresökosysteme bieten.
- Im Hinblick auf blauen Kohlenstoff und die Klimafunktion der Meere: Aufnahme von Maßnahmen zum wirksamen Schutz der Meeresökosysteme – in alle relevanten aktuellen Verpflichtungen im Rahmen der *Nationally Determined Contributions* (NDCs).
- Vorreiterrolle bei der Festlegung verbindlicher, messbarer Ziele für die Wiederherstellung und Erhaltung der biologischen Vielfalt auf nationaler Ebene im Rahmen des EU-Renaturierungsgesetzes und die Mobilisierung technischer sowie finanzieller Unterstützung für wirtschaftlich schwächere Länder zur Erreichung dieser Ziele, einschließlich der weiteren Finanzierung des *Blue Action Fund*.

WENN WIR JETZT NICHT HANDELN, UM UNSEREN OZEAN ZU SCHÜTZEN, WERDEN WIR BALD MIT WEITAUS GRÖßEREN PROBLEMEN KONFRONTIERT SEIN, DIE UNSER ALLER WOHLERGEHEN UND SICHERHEIT BEEINTRÄCHTIGEN. DIE KRAFT, ZEIT, MÜHEN UND FINANZIELLEN MITTEL, DIE WIR HEUTE SINNVOLL EINSETZEN, WERDEN UNS UND KÜNFTIGEN GENERATIONEN UNZÄHLIGE VORTEILE BRINGEN.



Credit: Lewis Burnett / Ocean Image Bank

- 1 FAO (2022) The State of World Fisheries and Aquaculture 2022: Towards Blue Transformation. FAO, Rom. <https://www.fao.org/3/cc0461en/cc0461en.pdf>
- 2 Teh, L. C. L. & Sumaila, U. R. (2013) Contribution of marine fisheries to worldwide employment. *Fish and Fisheries*, 14(1), 77-88. <https://doi.org/10.1111/J.1467-2979.2011.00450.X>
- 3 OECD (2016) The Ocean Economy in 2030. OECD Publishing, Paris. <https://doi.org/10.1787/9789264251724-en>
- 4 Gruber, N. et al. (2019) The oceanic sink for anthropogenic CO₂ from 1994 to 2007. *Science*, 363(6432), S. 1193-1199. <https://www.science.org/doi/10.1126/science.aau5153>
- 5 Zanna, L., Khatiwala, S., Gregory, J. M., Ison, J. & Heimbach, P. (2019) Global reconstruction of historical ocean heat storage and transport. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 116(4), 1126-1131. <https://doi.org/10.1073/pnas.1808838115>
- 6 NOAA (undatiert) „How much oxygen comes from the ocean?“ <https://oceanservice.noaa.gov/facts/ocean-oxygen.html>
- 7 Myers, R. A. & Worm, B. (2003) Rapid worldwide depletion of predatory fish communities. *Nature*, 423(6937), S. 280-283. <https://doi.org/10.1038/nature01610>
- 8 FAO (2024) The State of World Fisheries and Aquaculture: Blue Transformation in Action. FAO, Rom. <https://openknowledge.fao.org/server/api/core/bitstreams/7493258e-e420-4840-a95d-cfec8833219d/content>
- 9 Environmental Justice Foundation (EJF) (2023) Ein Manifest für unseren Ozean. EJF, Berlin. <https://ejffoundation.org/resources/downloads/EJF-Ocean-Manifesto-2023-German-Online.pdf>
- 10 Sala, E. et al. (2013) A General Business Model for Marine Reserves. *PLoS One*, 8(4), e58799. <https://doi.org/10.1371/JOURNAL.PONE.0058799>;
und: Sala, E. et al. (2016) Fish banks: An economic model to scale marine conservation. *Marine Policy*, 73, 154-161. <https://doi.org/10.1016/j.marpol.2016.07.032>
- 11 Halpern, B. S., & Warner, R. R. (2002) Marine reserves have rapid and lasting effects. *Ecology Letters*, 5(3), 361-366. <https://doi.org/10.1046/j.1461-0248.2002.00326.x>
- 12 Sandin, S. A. et al. (2008) Baselines and degradation of coral reefs in the Northern Line Islands. *PLoS One*, 3(2). <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0001548>
- 13 Agnew D. J. et al. (2009) „Estimating the Worldwide Extent of Illegal Fishing“, *PLoS One*, 4(2). <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0004570>
- 14 Sumaila, U. R., & Tai, T. C. (2020) End Overfishing and Increase the Resilience of the Ocean to Climate Change. *Frontiers in Marine Science*, 7, 523. <https://www.frontiersin.org/journals/marine-science/articles/10.3389/fmars.2020.00523/full>
- 15 The Pew Charitable Trusts (2013) FAQ: Illegal, Unreported and Unregulated Fishing. <https://www.pewtrusts.org/en/research-and-analysis/fact-sheets/2013/08/27/faq-illegal-unreported-and-unregulated-fishing>
16 ebd.
- 17 McCauley, D.J. et al. (2018) Wealthy Countries dominate industrial fishing. *Science Advance*, 4(8). <https://www.science.org/doi/10.1126/sciadv.aau2161>
- 18 EJF (2022) The Ever-Widening Net: Mapping the scale, nature and corporate structures of illegal, unreported and unregulated fishing by the Chinese distant-water fleet. EJF, London. <https://ejffoundation.org/reports/the-ever-widening-net-mapping-the-scale-nature-and-corporate-structures-of-illegal-unreported-and-unregulated-fishing-by-the-chinese-distant-water-fleet>; und: EJF (2021) A human rights lens on the impacts of industrial illegal fishing and overfishing on the socio-economic rights of small-scale fishing communities in Ghana. EJF, London. <https://ejffoundation.org/resources/downloads/EJF-DIHR-socio-economic-report-2021-final.pdf>
- 19 Coalition for Fisheries Transparency (undatiert). Global Charter for Fisheries Transparency. <https://fisheriestransparency.net/>
- 20 EUMOFA (2023) The EU Fish Market Edition 2023. https://eumofa.eu/documents/20178/566349/EFM2023_EN.pdf/95612366-79d2-a4d1-218b-8089c8e7508c?t=1699541180521
- 21 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2024) Der Markt für Fischereierzeugnisse in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2022. <https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fischerei/Fischwirtschaft/Jahresbericht2022.pdf;jsessionid=AEF358B5E95CCD389A011A7EA8C16C13.internet972?blob=publicationFile&v=2>
- 22 IUU Fishing Risk Index (2023), Daten verfügbar unter: <https://iuufishingindex.net/>
- 23 EJF (2024) Tide of injustice: Exploitation and illegal fishing on Chinese vessels in the Southwest Indian Ocean. <https://ejffoundation.org/resources/downloads/Tide-of-injustice-SWIO-report.pdf>
- 24 Urbina, I. et al. (2023) „Seine Seefahrt in den Tod“, *Zeit Online*, Serie: Die Schattenflotte, 11.10.2023. <https://www.zeit.de/2023/43/chinesische-fischereiflotte-tote-gewalt-kriminalitaet-zwangsarbeit>
- 25 Urbina, I. (2023) „Zwangsarbeit fürs Fischgericht“, *Zeit Online*, Serie: Die Schattenflotte, 13.10.2023. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-10/zwangsarbeit-fischerei-china-uiguren>
- 26 Laut den Zweijahresberichten 2016-2023 Deutschlands an die EU-Kommission über die Umsetzung der IUU-Verordnung ((EG) 1005/2008). Die Berichte sind auf der Website der EU IUU Fishing Coalition verfügbar: <https://www.iuwatch.eu/the-iuu-regulation/member-state-implementation/>
- 27 Coalition for Fisheries Transparency (undatiert). Global Charter for Fisheries Transparency. <https://fisheriestransparency.net/>
- 28 GD MARE (Europäische Kommission) (2022). Study on the legislative frameworks and enforcement systems of Member States regarding obligations and sanctions to nationals for infringements to the rules arising from the IUU Regulation. <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/dc2bb4e5-031d-11ed-acce-01aa75ed71a1/language-en>
- 29 Verordnung (EG) 2023/2842 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1967/2006 und (EG) Nr. 1005/2008 des Rates sowie der Verordnungen (EG) 2016/1139, (EG) 2017/2403 und (EG) 2019/473 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Fischereikontrolle. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32023R2842>
- 30 European Academies' Science Advisory Council (2023): Deep-Sea Mining: assessing evidence on future needs and environmental impacts. <https://easac.eu/publications/details/deep-sea-mining-assessing-evidence-on-future-needs-and-environmental-impacts>
- 31 EIJF (2024) Critical Minerals and the Green Transition: Do we need to mine the deep seas? <https://ejffoundation.org/reports/critical-minerals-and-the-green-transition-do-we-need-to-mine-the-deep-seas>
- 32 Finance for Biodiversity Foundation (2023) Global Financial Institutions Statement to Governments on Deep Seabed Mining. https://www.financeforbiodiversity.org/wp-content/uploads/Global-Financial-Institutions-Statement-to-Governments-on-Deep-Seabed-Mining-FfB-Foundation_19July2023.pdf
- 33 Global Tuna Alliance et al. (2023) Seafood Market Statement Supporting a Pause on Deep-Sea Mining. https://uploads.guim.co.uk/2023/07/10/Seafood_Market_Statement_Supporting_a_Pause_on_Deep-Sea_Mining_30.05.23.pdf
- 34 Long Distance Fleet Advisory Council (2021) Joint LDAC-PELAC-NWWAC Advice Deepsea Mining in International Waters. https://ldac.eu/images/EN_Joint_LDAC_PELAC_NWWAC_Advice_Deepsea_Mining_Nov2021.pdf
- 35 Blue Climate Initiative (undatiert) Indigenous Voices for a Ban on Deep Sea Mining. <https://www.blueclimateinitiative.org/say-no-to-deep-sea-mining>
- 36 Deep-Sea Mining Science Statement (undatiert) Marine Expert Statement Calling for a Pause to Deep-Sea Mining. <https://seabedminingsciencestatement.org/>
- 37 Türk, V. (10.07.2023) X: #DeepSeaMining threatens marine biodiversity. https://twitter.com/volker_turk/status/1678411484076953603
- 38 Europäisches Parlament (2021) Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juni 2021 zu dem Thema „EU-Biodiversitätsstrategie für 2030: Mehr Raum für die Natur in unserem Leben“. https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0277_DE.html
- 39 EU Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/document/download/77056529-c1fe-49e4-9776-11c54b060a97_en?filename=join-2022-28_en.pdf
- 40 Verordnung (EU) 2024/1252, ErwG (18). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32024R1252>
- 41 Vereinbarung auf der COP15, der 15. Konferenz der Vertragsparteien des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) - siehe CBD (2022). „By 2030: Protect 30 % of Earth's lands, oceans, coastal areas, inland waters; Reduce by \$500 billion annual harmful government subsidies; Cut food waste in half.“ Offizielle CBD-Pressmitteilung, 19. Dezember 2022, Montréal. <https://www.cbd.int/article/cop15-cbd-press-release-final-19dec2022>
- 42 Sala, E. et al. (2013) A General Business Model for Marine Reserves. *PLoS One*, 8(4), e58799. <https://doi.org/10.1371/JOURNAL.PONE.0058799>;
und: Sala, E. et al. (2016). Fish Banks: An economic model to scale marine conservation. *Marine Policy*, 73, 154-161. <https://doi.org/10.1016/j.marpol.2016.07.032>
- 43 EU Biodiversity Strategy Dashboard – Coherent Network of Protected Areas. <https://dopa.jrc.ec.europa.eu/kcbd/EUBDS2030-dashboard/?version=1#Target%201>
- 44 Berechnungen auf Grundlage von Daten über den offensichtlichen (im Englischen: apparent) Fischereiaufwand für das Jahr 2023, die von der Plattform Global Fishing Watch (<https://globalfishingwatch.org/map>) stammen, die mit dem Fischereiflottenregister der EU (https://webgate.ec.europa.eu/fleet-europa/search_en) abgeglichen wurden, um nur Grundschieppnetzfisher zu berücksichtigen, unter Ausschluss von Fischereifahrzeugen mit weniger als 5 offensichtlichen Fangstunden.
- 45 Europäische Kommission (2023) EU-Aktionsplan: Schutz und Wiederherstellung von Meeresökosystemen für eine nachhaltige und widerstandsfähige Fischerei. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023DC0102>

EJF in Deutschland

Environmental Justice Foundation Deutschland gGmbH
Tel.: +49 (0) 30 754 384 50 | E-Mail: kontakt@ejfoundation.org
ejfoundation.org/de

EJF-Zentrale in Großbritannien

Tel.: +44 (0) 207 239 3310 | E-Mail: info@ejfoundation.org
ejfoundation.org | Registered charity, No. 1088128



Protecting People and Planet